

Die demokratischen Traditionen der Wiesbadener

# Bildung

Axel Ulrich

Erwachsenenbildung an Beispielen

aus Geschichte und Gegenwart

für Demokratie



Axel Ulrich

Bildung für alle – Bildung für Demokratie

Herausgegeben von der  
Volkshochschule Wiesbaden e.V.

Axel Ulrich



BILDUNG FÜR ALLE –  
BILDUNG FÜR DEMOKRATIE



Die demokratischen Traditionen  
der Wiesbadener Erwachsenenbildung  
an Beispielen aus Geschichte und Gegenwart



Vortrag zum 90. Jubiläum sowie zur Semestereröffnung  
der Volkshochschule Wiesbaden im Stadt-  
verordnetensitzungssaal des Rathauses  
der Landeshauptstadt Wiesbaden



2. Februar 2011



## GRUSSWORT

Unser Motto »Bildung für alle!«, das seit Jahren immer wieder in unseren Publikationen zitiert wird und das auch als Überschrift in unser Leitbild Aufnahme gefunden hat, soll nach außen wie nach innen deutlich machen, worum es uns im Wesentlichen geht, nämlich um die Förderung demokratischer Teilhabe durch Bildung. Dieses somit für uns programmatische Diktum wurzelt in der bürgerlichen Revolution von 1848/49. Es hat seitdem sämtliche Demokratie- und Freiheitsbewegungen überstrahlt: von der Revolution 1918/19, durch die unsere erste deutsche Demokratie begründet wurde, über den antinazistischen Widerstand und die nachfolgende Konstituierung der Bundesrepublik sowie den antistalinistischen Volksaufstand in der damaligen DDR von 1953 bis hin zur dortigen friedlichen Revolution des Jahres 1989 und die am 3. Oktober 1990 endlich vollzogene deutsche Einheit.

Die Forderung der 1848/49er-Revolution lautete in ihrer vollständigen Formulierung »Bildung, Freiheit und Wohlstand für alle!« Nach unserem Bildungsverständnis entspringen persönliche Freiheit und allgemeiner Wohlstand nahezu naturwüchsig aus der umfassenden, lebenslangen Bildung der Bürgerinnen und Bürger unseres demokratisch verfassten Gemeinwesens. Die Volks-

hochschule Wiesbaden hat sich seit ihrer Gründung vor nunmehr 90 Jahren stets diesem Gedanken verpflichtet gesehen, wobei es sicherlich zu den deutschlandweiten Besonderheiten gehören dürfte, dass sich hierorts die Bildungsanstrengungen des demokratischen Bürgertums mit denen der Organisationen der demokratischen Arbeiterbewegung unter unserem gemeinsamen Dach auf geradezu ideale Weise verquickt haben.

Volkshochschulen haben in diesem Zusammenhang die besondere Verantwortung, den Menschen den grundsätzlichen Erkenntnisschritt zu ermöglichen, dass eine umfassende Bildung nicht nur die Chance zu einem besseren Leben eröffnet, sondern mehr noch geradezu die Grundvoraussetzung hierfür ist.

Damit wird deutlich, dass Bildung nicht nur der Hebung der Qualifikationen des Individuums allein dient. Vielmehr wohnt ihr stets auch eine politische, idealerweise unsere Demokratie stabilisierende Funktion inne. Politische Bildung ebnet nämlich den Weg zur Erkenntnis, dass wir alle dazu bereit sein müssen, für unseren demokratischen Staat Verantwortung zu übernehmen. Die alte Vision »Bildung für alle« bleibt im höchsten Maße aktuell, denn ihre Verwirklichung ist überhaupt die Basis für die Bewahrung und Weiterentwicklung unserer Demokratie. »Bildung für alle« ist konsequenterweise immer nur zu begreifen als eine »Bildung für Demokratie«, für die fortwährend zu werben wir nicht nachlassen werden.



Deshalb haben wir den Veranstaltungsreigen aus Anlass unseres 90. Vereinsjubiläums mit dem folgenden Fachvortrag unseres langjährigen Mitglieds und Mitstreiters Dr. Axel ULRICH vom Stadtarchiv Wiesbaden eröffnet. Ganz herzlichen Dank an den Autor für die Erlaubnis zur Veröffentlichung, durch die der hervorragende Vortrag noch weitere Aufmerksamkeit gewinnen soll.

Wiesbaden, November 2011

Rose-Lore SCHOLZ

*Vorsitzende*

Hartmut BOGER

*Direktor*



## I.

**M**uss denn gerade von einem Kaiser, König oder Fürst regiert werden?« Klare Frage, klare Antwort: »Nein, solches ist nicht notwendig. Das Volk kann auch mehreren Männern zusammen die Regierung übertragen. So ist es im nordamerikanischen Freistaat, und das Volk befindet sich dort ganz wohl dabei. Immer muss es vom Willen des Volks abhängen, wie es regiert sein will und von wem.« Und wenige Absätze weiter heißt es zur Bildungsfrage: »Alle Kinder im ganzen Volk« müssten »zu Frömmigkeit, Mut, Arbeit und Mäßigkeit erzogen werden. Eins wie das andere, alle in den nämlichen Schulen, ohne darauf zu sehen, ob die Eltern reich oder arm, vornehm oder gering sind.« Man könnte versucht sein, den Entstehungshintergrund dieser Schrift im Vorfeld der Novemberrevolution von 1918 oder auch der Revolution von 1848/49 anzunehmen. Aber sie hat einen noch viel früheren Ursprung. Es handelt sich um das heute kaum noch bekannte *Frag- und Antwortbüchlein (...) Für den deutschen Bürgers- und Bauersmann* des Darmstädters Wilhelm SCHULZ, der diese Schrift 1819 herausgebracht hat, natürlich anonym.<sup>1</sup> Ideengeschichtlich haben wir die Publikation zwischen den Mainzer Jakobinern und BÜCHNERS Aufstandsappell von 1834 einzuordnen.

Der von Georg BÜCHNER zusammen mit dem Butz-

bacher Pfarrer Dr. Friedrich Ludwig WEIDIG, einem frühen christlichen Demokraten, verfasste Revolutionsaufruf *Der hessische Landbote* hebt – wie wir alle wissen – mit der berühmten Parole an: »Friede den Hütten! Krieg den Palästen!«. Diese Agitationsschrift kursierte allerorten in Hessen seinerzeit. Die einzelnen Exemplare werden jedoch größtenteils sogleich der Polizei übergeben worden sein. Denn den meisten war die Sache einfach zu heiß: Damit wollten sie nicht in Verbindung gebracht werden, dafür wollte kaum jemand Kopf und Kragen riskieren. Die Menschen hierzulande waren – trotz der faszinierenden Freiheitsvorbilder der Vereinigten Staaten von Amerika sowie der bürgerlichen Revolution in Frankreich – in ihrer überwiegenden Mehrheit einfach noch nicht reif für die Aufnahme demokratischer Ideen und schon gar nicht für deren praktische Einforderung und Umsetzung. Doch dies sollte sich dann gottlob ändern.

Im *Hessischen Landboten* wurde die zu jener Zeit geradezu phantastisch anmutende Vision eines von sämtlichen adeligen Tyrannen befreiten und geeinten Deutschlands entworfen, in dem »die besten Männer aller Stämme«, die »durch die freie Wahl ihrer Mitbürger« hierzu berufen würden, sich »zu einem großen Reichs- und Volkstage« versammeln. Dann würden, so hieß es wörtlich, »der allgemeine Wille« und »das allgemeine Wohl im deutschen Vaterlande walten«, dann würde »das Joch vom Halse der Bürger und Bauern hinweggenommen und

ein Volksgericht über die großen Diebe, die Deutschland landesfürstlich und königlich beraubten, wie über die kleinen Diebe gehalten werden, die bei solchem Umschwung der Dinge sich etwa bereichern wollten vom Eigentum ihrer Brüder«. Dann würden Kunst und Wissenschaft, Ackerbau und Gewerbe erblühen »im Dienste der Freiheit« und »im Segen der Freiheit«.<sup>2</sup>

Welche Sprachgewalt sich in diesen Sätzen manifestiert, auch welch kolossaler Mut zur Präsentation einer konkreten Utopie. Durch jene einst zwar umstürzlerischen, im besten Sinne aber volksaufklärerischen Ideen wird der Beginn unserer Demokratietraditionen markiert, auf die wir heute voller Stolz zurückblicken. Wer damals jedoch solche Schriften verfasste, druckte oder verbreitete, sie still in seiner Stube las oder sie in kleiner Runde vortrug, etwa in Wirtshäusern, Bauernstuben, Mühlen oder bei Mutter Grün, dem drohten Verhaftung, Folter, Kerkerhaft, Vertreibung, wenn nicht Schlimmeres. Politische Vereine und alle Aktivitäten dieser Art waren seinerzeit strikt verboten im Deutschen Bund. Deshalb kamen die als Demagogen diffamierten Demokraten in der Folge zunehmend in Geheimgesellschaften zusammen, oder sie suchten Unterschlupf in Gesang-, Turn-, Schützen- und Bürgervereinen, die aber gleichfalls allesamt streng observiert wurden von der Polizei.

Selbst in Wiesbaden, der scheinbar so beschaulich-verschlafenen Residenzstadt mit damals gerade einmal 9.000

Einwohnern, gab es in jener bewegten, alsbald Vormärz genannten Zeit eine erkleckliche Zahl freiheitsliebender, kritischer Geister. Eben deshalb machte WEIDIG auch hier Station, als er Mitte 1834 eine konspirative Werbe- und Agitationsreise unternahm, die ihn ansonsten nach Marburg, Frankfurt, Darmstadt, Mainz und andernorts führte. Während einer überregionalen Geheimbesprechung wurden hier in Wiesbaden die Grundlinien des weiteren Vorgehens der Vormärz-Revolutionäre abgestimmt. Diese sahen eine lockere Vernetzung ihrer diversen lokalen Zirkel ebenso vor wie die Herausgabe entsprechender Schriftmaterialien zur Volksagitation, und zwar nach Art des *Hessischen Landboten*, dessen Druck und Verbreitung kurz darauf in Angriff genommen wurde. So gelangte also das Ideengut BÜCHNERS und seiner kurz zuvor in Gießen gegründeten revolutionären *Gesellschaft der Menschenrechte* auf verschwörerischen Wegen schon früh auch nach hier.<sup>3</sup>

1848/49 wurde dann der erste ernsthafte Anlauf unternommen, in unserem Land eine Demokratie zu errichten. Es ging dabei um Freiheit und Gerechtigkeit wie um nationale Einheit und Volkssouveränität. Prinzipiell war es außerdem auch eine Revolution der Kommunikation und der Bildung. Die Menschen tauschten ihre Erfahrungen, Ideen und Programme über alle Ländergrenzen hinweg aus, alles in einem atemberaubenden Tempo, wobei dem Presse- und Druckereiwesen eine ganz zentrale Bedeu-

# Der Hessische Landbote.

## Erste Botschaft.

Darmstadt, im Juli 1834.

### Vorbericht.

Dieses Blatt soll dem hessischen Lande die Wahrheit meiden, aber wer die Wahrheit sagt, wird gehetzt, ja sogar der, welcher die Wahrheit liebt, wird durch meineidige Richter vielleicht geküßt. Darum haben die, welchen dies Blatt zukommt, folgendes zu beobachten:

- 1) Sie müssen das Blatt sorgfältig außerhalb ihres Hauses vorder Polizei verwahren;
- 2) sie dürfen es nur an treue Freunde mittheilen;
- 3) denen, welchen sie nicht trauen, wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinlegen;
- 4) würde das Blatt dennoch bei Einem gefunden, der es gelesen hat, so muß er gestehen, daß er es eben dem Kreisrath habe bringen wollen;
- 5) wer das Blatt nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm findet, der ist natürlich ohne Schuld.

### Friede den Hütten! Krieg den Pallästen!

Im Jahr 1834 siehet es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker am 5ten Tage, und die Fürsten und Vornehmen am 6ten gemacht, und als hätte der Herr zu diesen gesagt: Herrschet über alles Gethier, das auf Erden kriecht, und hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigne Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihm mit den Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und läßt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag; Fremde verzehren seine Acker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwielen, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen.

Im Großherzogthum Hessen sind 718,373 Einwohner, die geben an den Staat jährlich an 6,363,364 Gulden, als

|                         |                     |
|-------------------------|---------------------|
| 1) Direkte Steuern      | 2,128,131 fl.       |
| 2) Indirecte Steuern    | 2,478,264 „         |
| 3) Domänen              | 1,547,394 „         |
| 4) Regalien             | 46,938 „            |
| 5) Geldstrafen          | 98,511 „            |
| 6) Verschiedene Quellen | 64,198 „            |
|                         | <hr/> 6,363,363 fl. |

Dies Geld ist der Blutzehnte, der von dem Leib des Volkes genommen wird. An 700,000 Menschen schwitzen, stöhnen und hungern dafür. Im Namen des Staates wird es erpreßt, die Presser berufen sich auf die Regierung und die Regierung sagt, das sey nöthig die Ordnung im Staat zu erhalten. Was ist denn nun das für gewaltiges Ding: der Staat? Wohnt eine Anzahl Menschen in einem Land und es sind Verordnungen oder Gesetze vorhanden, nach denen jeder sich richten muß, so sagt man, sie bilden einen Staat. Der Staat also sind Alle; die Ordner im Staate sind die Gesetze, durch welche das Wohl Aller gesichert wird, und die aus dem Wohl Aller hervorgehen sollen. — Seht nun, was man in dem Großherzogthum aus dem Staat gemacht hat; seht was es heißt: die Ordnung im Staate erhalten!

*Erste Ausgabe der berühmten Freiheitsschrift*

tung zukam. Unzählige Flugschriften, Aufrufe, Programme, Broschüren und Zeitungen erschienen. Es ging Schlag auf Schlag. Die ganze Papierflut fand reißenden Absatz, was natürlich einen rasanten Politisierungsschub bedeutete. Dementsprechend schnellte die Zahl der politischen Vereine hier im Rhein-Main-Gebiet von 55 im Sommer 1848 auf 300 ein Jahr später empor. Damals schlug nicht nur die Geburtsstunde der politischen Hauptströmungen unserer Zeit – Konservatismus, Liberalismus und Sozialdemokratie –, sondern auch die der modernen Mediengesellschaft.

Damit rückten die Fragen von besserer Ausbildung und von Weiterbildung außerhalb des herkömmlichen Schulwesens zwangsläufig immer mehr in den Brennpunkt, ob im Bürgertum oder unter den Handwerkern, den Arbeitern und den Handlangern. So ist hier am 4. April 1848 ein Flugblatt des *Comités der Republikanischen Gesellschaft* über *Die wichtigsten Fragen der Gegenwart* in Umlauf gebracht worden, in dem u.a. nach »allgemeiner unentgeltlicher Schulbildung« verlangt wurde. Wir dürfen nicht vergessen, das Schulwesen ließ sehr zu wünschen übrig seinerzeit, die Analphabetenquote war horrend, sogar in den Städten, mehr noch auf dem Land natürlich. Allgemeiner politischer Unterricht, politische Weiterbildung gar waren gänzlich unvorstellbar unter der Adelsknute. Und deshalb definierte auch der in jenem Revolutionsfrühling gegründete hiesige *Arbeiterverein*



als Vereinszweck »die politische und soziale Ausbildung seiner Mitglieder durch Anschaffung von Zeitungen und Büchern, durch Diskussion derjenigen Fragen, welche unsere Zeit bewegen, und endlich durch wissenschaftliche Vorlesungen«. Zu den Hauptakteuren dieses Vereins, der bald in *Arbeiterbildungsverein* umbenannt wurde, gehörten neben Karl SCHAPPER<sup>4</sup>, dem Freund und Mitstreiter von MARX und ENGELS, und einigen anderen Republikanern auch der alte Demokrat und Revolutionär Georg BÖHNING<sup>5</sup>, an den im Ausgang der Wilhelmpassage zur Wilhelmstraße eine Gedenktafel erinnert.



*Georg Böhning (1788 – 1849)*

In jener turbulenten Vormärz- und 1848er-Zeit<sup>6</sup> verstärkte sich also ganz entscheidend das Bewusstsein dafür, dass Bildung die Basis sozialer Emanzipation ist, und überdies dafür, dass es hierbei durchaus auch auf selbstorganisierte und außerschulische Bildung ankommt, denn durch den monarchistischen Obrigkeitsstaat wurden die Bildungsmöglichkeiten in der damals sozial tief gespaltenen Gesellschaft höchst ungerecht organisiert.

Streng genommen können wir in jenen Tagen wenn schon nicht die Geburtsstunde unserer Volkshochschulen ausmachen, so doch immerhin deren früheste Zeugungsversuche. Auf jeden Fall hatte man bereits damals ganz klar erkannt, dass Demokratie und Bildung Synonyme sind, oder präziser ausgedrückt, dass die Volksbildung die *Conditio sine qua non*, die Grundvoraussetzung jeder Demokratie ist.

## II.

Die Entwicklung während der nächsten sieben Jahrzehnte müssen wir – der begrenzte Rahmen eines auf eine knappe Zeitstunde angelegten Vortrages zwingt dazu – überspringen, d.h. wir gehen jetzt nicht ein auf die Zerschlagung der demokratischen und Arbeitervereine nach dem Sieg der Reaktion im Jahr 1849 und die darauf folgende Periode der wieder vollständigen Unterdrückung jedweder Freiheitsregung, nicht auf die Gründung des eher liberalen Wiesbadener Arbeiterbildungsvereins von 1865, nicht auf die diversen Organisationsabläufe und Bildungsbemühungen im Bereich der sodann auch hier entstehenden Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Genauso wenig können wir den bürgerlichen, 1872 gegründeten Volksbildungsverein behandeln mit seinen Volksbüchereien und Lesehallen, seinen Vorträgen, Fortbildungsschulen und dergleichen mehr. Und auch andere diesbezügliche Aktivitäten, etwa die der Kirchen unserer Stadt, müssen leider außer Acht bleiben hier.<sup>7</sup>

Nur so viel: Zur außerschulischen Wissensvermittlung sind durch die Organisationen der jungen Arbeiterbewegung lange Zeit eigens Wanderlehrer engagiert worden, woran wir ersehen, für wie wichtig man die Bildungsfrage dort von Anfang an nahm. Wilhelm LIEB-

KNECHTS Parole »Wissen ist Macht« war in aller Munde seinerzeit.<sup>8</sup> Zudem sind anfänglich noch überall Lese- und Diskussionszirkel zur Rezeption der Presseorgane der Sozialdemokratie und der wichtigsten Werke ihrer Theoretiker gebildet worden. Diese Kleingruppen Bildungshungriger kamen in der Regel in den Wohnungen der hierfür zuständigen Gewerkschafts- und Parteifunktionäre zusammen, auch in Wirtshäusern, und oft genug – wie vordem schon – ganz einfach im Freien, denn die engen Wohnküchen der Arbeiterschaft wären für Zusammenkünfte solcher Art denkbar ungeeignet gewesen. Ausgehend von Mannheim, Berlin und Ludwigshafen wurden dann seit der Jahrhundertwende die ersten deutschen Volkshochschulen gegründet, bald obendrein besondere Heimvolkshochschulen, diese als Bildungsstätten der Arbeiterbewegung, aber auch der Kirchen.

### III.

Das Jahr 1919 bedeutet eine ganz wichtige Zäsur für die deutsche Volksbildungsbewegung ebenso wie für unsere Demokratiegeschichte überhaupt. Am 9. November des Vorjahres hatte die Revolution gesiegt. Die jahrhundertealte Adelsherrschaft war im Handumdrehen hinweggefegt worden, was die Voraussetzung schuf für die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und die Erarbeitung einer demokratischen Reichsverfassung. Diese trat am 11. August jenes Jahres in Kraft und verkündete kategorisch – es muss wie ein Paukenschlag in den Ohren der unbeirrbaren Monarchisten, Militaristen und anderen Reaktionäre gedröhnt haben: »Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.« In jener Weimarer Reichsverfassung sind etliche Artikel enthalten, die sich in durchaus ähnlicher Form in unserem bundesrepublikanischen Grundgesetz von 1949 wiederfinden, nicht jedoch der Artikel 148, der nicht nur »Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht« zu »Lehrfächern der Schulen« erhob, sondern auch die Förderung des »Volksbildungswesens, einschließlich der Volkshochschulen« proklamierte, und zwar durch »Reich, Länder und Gemeinden«. Dies erklärt, warum das Deutsche Reich seinerzeit von einem wahren Gründungsfieber er-

fasst wurde. Wohin man schaute, allerorten gingen 1919 und den Jahren danach Volkshochschulen, Abendvolkshochschulen, Heimvolkshochschulen und andere neu geschaffene Erwachsenenbildungseinrichtungen an die Arbeit, so auch die *Akademie der Arbeit* in der Frankfurter Universität, die »als erste deutsche Hochschule für das Volk der Arbeit« ebenfalls vor jetzt 90 Jahren ihren Lehrbetrieb aufgenommen hat. Unsere hiesigen Kommunalpolitiker und Widerstandskämpfer Konrad ARNDT<sup>9</sup> und Georg BUCH<sup>10</sup> erhielten dort ihren Feinschliff.

Wie auch immer man im Rückblick die Weimarer Republik beurteilen mag, in jedem Fall war sie der Versuch, eine demokratische Staatsvision zu verwirklichen. Das 1919 auf dem Terrain des vormaligen Großherzogtums Hessen-Darmstadt geschaffene Staatswesen hieß aus gutem Grunde »Volksstaat Hessen«, was durchaus programmatisch gemeint war. Wilhelm LEUSCHNER – die höchste Verdienstauszeichnung unseres Bundeslandes ist übrigens nach dem damaligen hessischen Innenminister und später hingerichteten Widerstandskämpfer gegen Hitler benannt – hat das Herausragende an der Weimarer Reichsverfassung anlässlich des zehnten Jahrestages der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung darin erkannt, dass in ihr »nicht haltgemacht« werde »mit der Einführung der parlamentarischen Demokratie«, sondern dass sie vielmehr »die Tür« öffne »für den Vormarsch zur sozialen Republik, der im Zeichen des gesell-

schaftlichen Fortschritts vollzogen werden « müsse.<sup>11</sup> Das Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes wurzelt in jener Tradition. Und die zur Schaffung einer sozialen Republik unabdingbar breit angelegte Volksaufklärung, darüber waren sich die frühen Sozialstaatsapologeten völlig im Klaren, konnte durch die Volkshochschulen mit ihrem Bildungsangebot für alle nur begünstigt werden.

Am 9. Januar 1921 wurde die *Volkshochschule Wiesbaden (vhs)* im Rathaus feierlich eröffnet.<sup>12</sup> Kein halbes Jahr zuvor war der *Volkshochschulbund Wiesbaden und Umgebung* als Trägerverein gegründet worden. In der Eröffnungsveranstaltung legte der Vereinsvorsitzende Studienrat Konrad DÜRRE die Leitlinien der neuen Erwachsenenbildungseinrichtung dar: Diese wende »sich nicht an die Massen, sondern an die Tüchtigsten und Besten unter ihnen«, erklärte er. Sie wolle »eine Pflegstätte reinen Menschentums sein, in der sich Leute aller Parteien und Weltanschauungen zusammenfinden«. Sodann erklärte der Volksschullehrer und Stadtrat Johannes MAASS<sup>13</sup> für den damaligen *Arbeiterbildungsausschuss*, es gehe vor allen Dingen darum, »die Arbeit zum Ausgangs- und Beziehungspunkt aller geistigen Bestrebungen« zu machen, während sich Vertreter der Wiesbadener Wirtschaft von der Volkshochschule einen wichtigen Beitrag »zur geistigen Erneuerung unseres Vaterlandes« versprachen. Die *vhs* wollte schon damals die »geistig Suchenden aus allen Volksschichten« erreichen und dabei

»weder politische noch konfessionelle Ziele« verfolgen. Ihre Absicht sei, so bekundete der Vorstand, die »Pflege der Volkseinheit durch Pflege der Volkskultur«. Auch deshalb hat Johannes MAASS, der am 16. März 1921 zum Vorsitzenden des Volkshochschulbundes gewählt wurde, mit Fug und Recht im demokratischen Volksstaat den »Schöpfer der Volkshochschule« erblickt.<sup>14</sup>

Unter MAASS' Regie wurde ein klarer Akzent gerade auch auf staatsbürgerliche, auf politische Bildung gesetzt, wobei insbesondere Arbeiter und mehr noch Jugendliche aus Arbeiterfamilien angesprochen werden sollten. Da jedoch für diese beiden Zielgruppen durch Arbeiterparteien und Gewerkschaften, aber auch von konservativ-liberaler wie von kirchlicher Seite jeweils eigene Bildungsprogramme angeboten wurden, war der *vhs* diesbezüglich über längere Zeit hinweg kein sonderlicher Erfolg beschieden, zumindest nicht in dem von ihr erhofften Ausmaß. Dafür konnte dann freilich in der politisch wie wirtschaftlich immer schwieriger werdenden Endphase der Weimarer Republik sogar noch ein ganz spezielles, umfassendes Bildungsangebot für Mitglieder und Sympathisanten der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), der damaligen Jugendorganisation der SPD, entwickelt werden, die *Schule der Arbeiterjugend* nämlich, die vom späteren Wiesbadener Oberbürgermeister Georg BUCH geleitet wurde.<sup>15</sup> Bereits 1922/23 war übrigens für die SPD-Jugendlichen durch den Mittelschulrektor und Mitbe-



gründer der *vhs* Carl BROGLIE, der damals gleichzeitig als Jugendleiter der SAJ fungierte, ein erster praxisorientierter Einführungskurs in die Politische Ökonomie durchgeführt worden. Ein Verstoß gegen den Grundsatz, kei-

|                                                               |    |                      |
|---------------------------------------------------------------|----|----------------------|
| Sozialistische Arbeiterjugend Wiesbaden                       |    |                      |
| Schule der Arbeiterjugend                                     |    |                      |
| G. Buch, Wiesbaden, Taunusstr. 2                              |    |                      |
| <u>Lehrplan</u>                                               |    |                      |
| <u>A. Grundlegung</u>                                         |    | <u>Stundenzahlen</u> |
| 1. Die Kräfte und Ordnungen des öffentlichen Lebens. . . . .  | 8  |                      |
| 2. Die geschichtlichen Voraussetzungen . . . . .              | 10 |                      |
| 3. Erdkundliche Betrachtungen . . . . .                       | 10 |                      |
| 4. Technik der geistigen Arbeit . . . . .                     | 2  | 30                   |
| <u>B. Wirtschaft</u>                                          |    |                      |
| 1. Wirtschaftskunde . . . . .                                 | 20 |                      |
| 2. Wirtschaftsgeschichte . . . . .                            | 4  |                      |
| 3. Wirtschaftsgeographie . . . . .                            | 4  |                      |
| 4. Wirtschaftstheorien . . . . .                              | 10 |                      |
| 5. Praktische Volkswirtschaft: a) Der Betrieb . . . . .       | 10 |                      |
| b) Banken und Börsen . . . . .                                | 6  |                      |
| c) Finanz- u. Steuerwesen . . . . .                           | 6  |                      |
| 6. Die Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft . . . . .     | 8  |                      |
| 7. Probleme der Weltwirtschaft . . . . .                      | 8  |                      |
| 8. Wirtschaftspolitik . . . . .                               | 6  |                      |
| 9. Löhne und Preise . . . . .                                 | 4  |                      |
| 10. Wirtschaftsdemokratie - Sozialisierung . . . . .          | 4  | 90                   |
| <u>C. Soziologie und Sozialpolitik</u>                        |    |                      |
| 1. Gesellschaftslehre . . . . .                               | 6  |                      |
| 2. Christentum und Sozialismus . . . . .                      | 2  |                      |
| 3. Gesellschaftslehre von Karl Marx . . . . .                 | 4  |                      |
| 4. Soziale Bewegungen und Sozialpolitik . . . . .             | 10 |                      |
| 5. Gewerkschaftslehre und Gewerkschaftspolitik . . . . .      | 8  |                      |
| 6. Die internationale Gewerkschaftsbewegung . . . . .         | 4  |                      |
| 7. Die Arbeitgeberorganisationen . . . . .                    | 2  |                      |
| 8. Psychologie und rationale Arbeit . . . . .                 | 4  | 40                   |
| <u>D. Politik</u>                                             |    |                      |
| 1. Allgemeine Staatslehre . . . . .                           | 4  |                      |
| 2. Geschichte und Aufbau des modernen Staates . . . . .       | 6  |                      |
| 3. Die modernen Parteien . . . . .                            | 4  |                      |
| 4. Bolschewismus und Faschismus . . . . .                     | 4  |                      |
| 5. Demokratie oder Diktatur . . . . .                         | 4  |                      |
| 6. Probleme Europas . . . . .                                 | 4  |                      |
| 7. Weltpolitik . . . . .                                      | 4  |                      |
| 8. Deutsche Innen- und Außenpolitik . . . . .                 | 4  | 34                   |
| <u>E. Recht</u>                                               |    |                      |
| Einführung in die Rechtswissenschaft . . . . .                | 4  |                      |
| Grundlagen des Gerichtsverfahrens und Prozeßrechtes . . . . . | 4  |                      |
| Bürgerliches Recht . . . . .                                  | 6  |                      |
| Strafrecht, Kriminalpolitik . . . . .                         | 4  |                      |
| Staatsrecht, Verfassung . . . . .                             | 6  |                      |
| 6. Verwaltungsrecht . . . . .                                 | 4  |                      |
| 7. Wirtschaftsrecht . . . . .                                 | 4  |                      |
| 8. Arbeitsrecht: a) Einführung . . . . .                      | 4  |                      |
| b) Arbeitsvertragsrecht . . . . .                             | 6  |                      |
| c) Arbeitsprozeßrecht . . . . .                               | 4  |                      |
| d) Tarifvertragsrecht . . . . .                               | 4  |                      |
| e) Koalitionsrecht . . . . .                                  | 4  |                      |
| f) Betriebsrätegesetz . . . . .                               | 4  |                      |
| g) Schlichtungswesen . . . . .                                | 6  |                      |
| h) Sozialversicherung . . . . .                               | 8  |                      |
| i) Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenfürs. . . . .              | 4  |                      |
| 9. Soziale Gerichtshilfe, Jugendgerichtshilfe . . . . .       | 4  | 80                   |
| <u>F. Die Theorie des modernen Sozialismus</u> . . . . .      | 16 | 16                   |
| <u>G. Gegenwartsprobleme des Sozialismus</u> . . . . .        | 10 | 10                   |
|                                                               |    | 300                  |

## Lehrplan der Schule der Arbeiterjugend

ner Partei und keiner einzelnen Weltanschauung zu dienen, wurde in solchen politisch gewiss nicht wertfreien Kursen mitnichten gesehen, sollte die Volkshochschule doch ansonsten grundsätzlich Raum bieten auch für alle anderen politischen Richtungen und Bekenntnisse. Ansonsten hatte die Einrichtung eine recht rasante Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen gehabt, was etwa daran ersichtlich ist, dass sich die Zahl der Belegungen ihrer Veranstaltungen auf deutlich mehr als 5.000 im Geschäftsjahr 1931 gesteigert hatte, womit sie auf die zweitbeste Position aller westdeutschen Volkshochschulen vorgeückt war. Trotz immer größerer Finanzprobleme wurden nun von der Wiesbadener *vhs* viele Arbeitslose nahezu unentgeltlich unterrichtet, was die mit ihr seit jener Zeit als »deutschnationale Alternative« konkurrierende *Abendhochschule* nicht für sich in Anspruch nehmen konnte. Beide Einrichtungen mussten 1933 ihre Arbeit aus politischen Gründen einstellen. Ihre Vermögen wurden im Zuge der NS-»Gleichschaltung« von der dann neu gegründeten *Volksbildungsschule Wiesbaden* unter Leitung des nationalsozialistischen Pfarrers Dr. Walter MINOR übernommen, die – inzwischen in »Volksbildungsstätte« umbenannt und dem Gauschulungsamt der NSDAP direkt unterstellt – 1936 wieder einging.

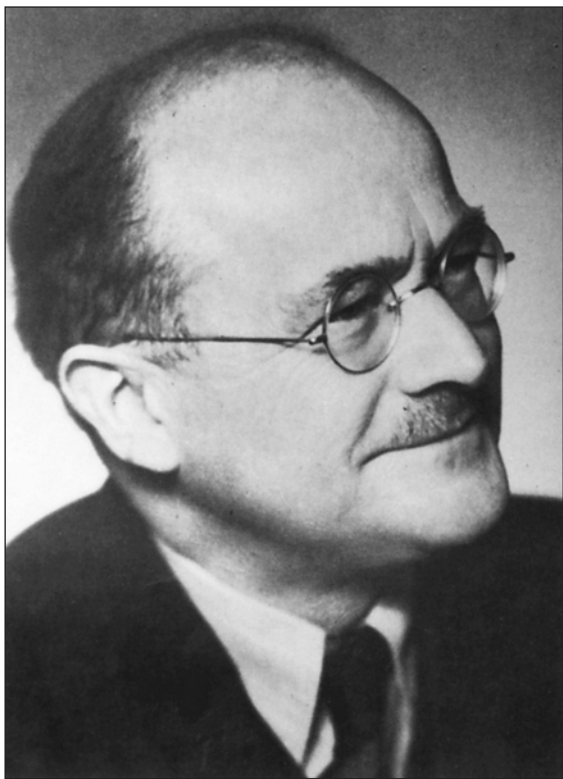
#### IV.

**E**tlliche vormalige und nachmalige Dozenten der *vhs* wurden wegen ihrer unbeugsamen antinazistischen Haltung bzw. wegen ihres politischen Widerstandes von den Nationalsozialisten verfolgt, so etwa BROGLIE, der junge BUCH und dessen lebenslanger Mentor MAASS. Alle drei haben während des »Dritten Reiches« zumindest informell miteinander in Verbindung gestanden, alle drei wurden politisch verfolgt, alle drei hat man am Ende über kürzere oder längere Zeit ihrer Freiheit beraubt. BUCH war wegen seines Widerstandes sogar von 1941 bis 1945 inhaftiert, zuletzt im KZ Sachsenhausen bei Berlin. Aber sie haben die Diktatur überlebt und konnten sich dann für den dritten Anlauf ins Zeug legen, in unserem Land eine Demokratie zu errichten, diesmal auf Dauer.<sup>16</sup>

Auch andere Mitglieder, Freunde und Förderer der *Volkshochschule* haben sich während der braunen Terrorherrschaft insgeheim weiterhin zum kritischen Gedankenaustausch in demokratischer Denktradition getroffen, so etwa der Nervenarzt Dr. Friedrich MÖRCHEN, der Buchhändler Dr. Otto VATERNAHM, der Direktor der Landwirtschaftskammer Dr. Otto EISINGER und der Kaufmann Ludwig SCHWENCK. Sie waren eingeklinkt in ein lockeres informelles Netzwerk meist bürgerlicher Oppositioneller um den späteren CDU-Stadtkämmerer

Heinrich ROOS, dem aber auch einige Sozialdemokraten und Gewerkschafter angehört haben.<sup>17</sup> Über mehrere verdeckte Kanäle bestanden Verbindungen mit Personen, die in die Vorbereitung des Umsturzversuchs des »20. Juli« eingebunden waren, so beispielsweise zu Hauptmann Hermann KAISER in Berlin, im Zivilberuf Studienrat an der Wiesbadener Oranienschule; dieser hat seine sicherlich sehr konservativen, doch prononciert antinazistischen *Gedanken über Reformen des Erziehungs- und Bildungswesens* just zu jener Zeit in einer Denkschrift zu Papier gebracht.<sup>18</sup> Nach dem Einmarsch der US-Truppen am 28. März 1945 gründete sich aus dem Kreis um ROOS sogleich der ebenfalls überparteiliche *Aufbau-Ausschuss Wiesbaden* als *Vertretung der antinationalsozialistischen Kräfte*. Dieser wurde zu einer wichtigen Keimzelle der demokratischen Reorganisation in unserer Stadt.

Die oft gestellte Frage nach Nutzen und Effektivität des gegen die NS-Gewaltherrschaft geleisteten Widerstandes beantwortet sich vor diesem Hintergrund ganz eindeutig, und zwar exakt in dem Sinne, wie er durch die Widerständler einst selbst hervorgehoben worden ist: In ihrem Agieren ging es nämlich stets, und zwar von Anfang an, um Aufklärung mit demokratisch-antinazistischer Zielsetzung, dies sogar unter widrigsten Bedingungen, denn selbst hinter Zuchthausmauern und hinter den scharf bewachten Stacheldrahtzäunen der Konzentrationslager wurden von den politischen Häftlingen immer



*Johannes Maaß (1882 – 1953)*

wieder heimlich Schulungskurse zu allen möglichen Themen durchgeführt. Es ging ihnen hierbei vordringlich um die Bewahrung einer demokratisch-antinazistischen Grundsubstanz, damit sie dereinst in diesem Sinne den Neuanfang in Angriff nehmen könnten, denn vom baldigen Ende der braunen Diktatur waren die Hitler-Gegner allesamt überzeugt.

So hatte Johannes MAASS trotz Schreibverbot, Meldepflicht und Observation schon seit 1933 heimlich Exzerpte und Niederschriften als Vorarbeiten für eine von ihm geplante umfassende Theorie der Pädagogik verfasst. Ab 1942, also mitten im Krieg, waren von ihm reformpädagogische Konzeptionen für die Zeit nach Hitler erarbeitet worden.<sup>19</sup> Was ließ ihn damals zur Feder greifen, trotz der damit für ihn verbundenen Gefahr? Doch ganz unzweifelhaft nur die Gewissheit, dass bald Schluss sein würde mit der Hitler-Barbarei und dass dann Dinge dieser Art sofort benötigt würden.

Auch im nahen Darmstadt wurden zur selben Zeit vom bedeutenden Parteienforscher Prof. Dr. Ludwig BERGSTRÄSSER für Wilhelm LEUSCHNER zwei umfangreiche Denkschriften zu verfassungspolitischen und bildungspolitischen Fragen erarbeitet. Warum wohl? Auch liegt die Antwort auf der Hand. LEUSCHNER war der führende Kopf des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Widerstandsflügels des »20. Juli«. Seit Jahren war er im ganzen Reich umhergefahren, um ein konspiratives Ver-

trauensleutenetz zur zivilen Flankierung der Umsturzaktion der Militärs zu schaffen. Viele seiner Stützpunkte befanden sich im Rhein-Main-Gebiet, so u.a. in Frankfurt, Darmstadt, Mainz und Wiesbaden. BERGSTRÄSSER plädierte damals bereits für »ein ausgedehntes staatsbürgerliches Bildungswesen«, das allein »dem deutschen Volke die Grundlage schaffen« könne, »auf der ein parlamentarisches System auf lange Zeit bestehen und fruchtbar arbeiten« könne. Hierzu gehöre unabdingbar die Einführung eines staatsbürgerlichen Unterrichts als Pflichtfach. Nachdem die Amerikaner ihn 1945 zum Präsidenten des Volksstaates Hessen ernannt hatten, wirkte er von 1946 bis 1948 als Regierungspräsident in Darmstadt. In seinem Zuständigkeitsbereich hat BERGSTRÄSSER damals folgerichtig diese im Widerstand entwickelten Ideen in die Tat umgesetzt, denn es ging ihm um die systematische Erziehung der Deutschen zur Demokratie, und zwar auf breitester Grundlage.<sup>20</sup>

Und auch im von Dr. Hermann BRILL maßgeblich formulierten weltberühmten *Buchenwalder Manifest* wurde im Frühjahr 1945 die Schaffung »eines neuen Geistes« gefordert, der »durch den neuen Typ des deutschen Europäers« verkörpert werden solle, wobei die hierfür erforderliche Umerziehung des Volkes von niemand bewerkstelligt werden könne, »wenn wir« dies »nicht in Freiheit selbst« täten. Deshalb müssten »neue Lehrer« an »neuen Universitäten« von Lehrkräften ausgebildet

werden, die Widerstand und Exil entstammten, außerdem »Landes- und Hochschulen für Politik« begründet und natürlich überhaupt »die Erwachsenenbildung mit allen Kräften« gefördert werden.<sup>21</sup> Dass Johannes MAASS nicht anders gedacht hat, liegt auf der Hand. Seit 1946 hat BRILL sich hier in Wiesbaden als Staatssekretär und erster Chef der Hessischen Staatskanzlei für die Verwirklichung seiner vordem kreierte Zielvorstellungen mit aller Kraft ins Zeug gelegt.<sup>22</sup>

In genau dieser geistesgeschichtlichen Tradition des antinazistischen Widerstandes wurzeln unsere moderne politische Bildungsarbeit und das neu eingeführte Studienfach Politikwissenschaft, aber auch unsere damals wieder neu begründeten Volkshochschulen und die anderen demokratischen Erwachsenenbildungs- bzw. Weiterbildungseinrichtungen, ob hier in Wiesbaden oder anderswo.



## V.

Mit der Zerschlagung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft konnte ab 1945 zum Glück also ein neuer Versuch unternommen werden, Deutschland zu demokratisieren. Ohne jede Frage förderlich hierfür war die nachhaltige Unterstützung durch die westlichen Besatzungsmächte. Nicht wenige Militärregierungsmitarbeiter waren selbst ursprünglich deutsche Demokraten gewesen, die seit 1933 vor dem Nationalsozialismus hatten ins Exil ausweichen müssen. Einer jener Besatzungsoffiziere, die den demokratischen Wiederaufbau hierzulande ganz entscheidend befördert haben, war Siegfried HÖXTER, bis zu seiner Flucht 1933 Vorsitzender des Frankfurter Sozialistischen Deutschen Studenten-Bundes und einer der engsten Mitstreiter von Wilhelm LEUSCHNER im antinazistischen Abwehrkampf. Als amerikanischer Geheimdienstoffizier war er an den Vorbereitungen des »D-Day«, der Landung der Alliierten in der Normandie, beteiligt gewesen. Ab 1945 gewährte er erst als Mitglied einer US-Spezialabteilung mit Sitz in Wiesbaden-Biebrich, dann vom nahen Hochheim aus Hilfestellung mannigfacher Art für den demokratischen Wiederaufbau. Von der Villa des Sektfabrikanten Graeger aus unterhielt HÖXTER informelle Beziehungen zu Politikern wie Konrad ADENAUER und Kurt SCHU-

MACHER, der ihn verschiedentlich dort besuchte. BRILL und viele andere Demokraten gehörten ebenfalls zu seinen Gästen.<sup>23</sup> Auch der spätere südhessische SPD-Bildungspolitiker und Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung Artur Egon BRATU hatte sofort mit seinem einstigen Mitstreiter im Reichsbanner Schwarz Rot Gold Verbindung, als er nach 1945 aus dem Exil zurückkehrte. Bis 1940 hatte BRATU von Belgien aus gegen das »Dritte Reich« gearbeitet und war 1943/44 als Mitglied des Intelligence Corps der britischen Armee an der Erstellung eines *Handbook of Occupation* beteiligt gewesen, das sich sodann als große Hilfe für die Besatzungsoffiziere und als Segen letztlich auch für die deutsche Bevölkerung erweisen sollte.<sup>24</sup> HÖXTER und BRATU waren wie so viele andere jener, die nun als Angehörige der alliierten Truppen in ihre deutsche Heimat zurückkamen, einstmals von den Faschisten nicht nur politisch verfolgt worden, sondern ebenso wegen ihrer jüdischen Herkunft.

Obgleich den Schulen und den Hochschulen erst einmal für eine Weile der Lehrbetrieb untersagt blieb, war das große Thema jener Zeit von Anfang an die »Reeducation«, ohne die – dies war den Besatzungsmächten ebenso klar wie den Demokraten auf deutscher Seite – die Entnazifizierung unseres Landes nicht würde bewerkstelligt werden können, und schon gar nicht fortdauernd. Es wurde also trotz widrigster Ausgangsbedingungen eine Bildungs- und Aufklärungsoffensive sondergleichen ge-

# Wiesbadener Volksbücher

Nr. 126



Nr. 126



## Gedichte

VON

Heinrich Heine

Verlag des Volksbildungsvereins zu Wiesbaden  
Geschäftsstelle; Buchhandlung Limbarth & Venn, Wiesbaden, Kranzplatz 2

*Von den Nazis verbrannt und verfemt: Heines Gedichte*

startet zur vollständigen und nachhaltigen Demokratisierung unserer gleichwohl noch lange vom Nachhall nationalsozialistischer Einstellungsmuster geprägten Gesellschaft.<sup>25</sup> Allen war klar, dass es dabei nicht etwa nur um die radikale Bekämpfung von rassistischen Auffassungen gehen würde, sondern nicht minder auch beispielsweise um die Beseitigung des vom NS-Regime so allumfassend propagierten »Führer-Gefolgschafts-Prinzips«, um die Ausmerzung der schrecklichen deutschen Untertanenmentalität also, die aufzuweichen oder zu zerbrechen die Weimarer Zeit nicht ausgereicht hatte. Diesem Ziel sollten vor allem natürlich die Schulen dienen, in denen nun erstmals politische Bildung als Unterrichtsfach angeboten wurde, um fortan – durchaus gemäß amerikanischen Vorstellungen – Demokratie als Lebensform zu vermitteln. Aber auch in die außerschulischen Bereiche der Gesellschaft mussten die neuen Ideen kommuniziert werden, denn antifaschistisch und demokratisch waren die Deutschen mehrheitlich durchaus noch nicht gesinnt. Der Demokratisierung unseres Landes dienten außerdem die allerorten neu ins Leben gerufenen Zeitungen, etwa die *Frankfurter Rundschau* und bald darauf auch der *Wiesbadener Kurier*, ferner politisch-kulturelle Zeitschriften, des Weiteren die zunächst noch von den jeweiligen Militärregierungen betriebenen Rundfunksender, aber auch eine Vielzahl neu lizenzierter Bücher und Broschüren, von Kinofilmen, Konzerten und



# FEIER ZUR GRÜNDUNG DES **FREIEN KULTUR BUNDES**

UND ERÖFFNUNG DER

## **VOLKSHOCHSCHULE WIESBADEN**

**Sonntag, den 2. Juni 1946, 11 Uhr, in der Aula am Boseplatz**

**ANSPRACHEN:** Kultusminister Dr. Franz Schramm  
Stadtrat Johannes Maass  
Bibliotheksdirektor Dr. Franz Götting

Beethoven: Trio in B-dur, op. 97, Satz 1  
Händel: Deutsche Arie mit obligater Geige  
Debusmann: Kammer suite für Geige, Cello  
und Klavier, op. 14, Uraufführung

**MITWIRKENDE:** Irmgard Katsch, Klavier • Suzanne Krautmann, Gesang  
Ernst Groell, Geige • Heinrich Daus, Cello

EINTRITT: RM. 2.— • FÜR MITGLIEDER DES KULTURBUNDES UND HÖRER DER VOLKSHOCHSCHULE RM. 2.—  
Kartenvorverkauf im Geschäftsraum des Kulturbundes und der Volkshochschule: Schule am Boseplatz (5. Stock) von 17—20 Uhr

Printed under Special Permit of Information Control Branch Wiesbaden of 23 May 1946

2077 546 140 WIE-Druck

*1946: Wiederaufnahme des vhs-Lehrbetriebs*

Theateraufführungen; das am meisten gespielte Bühnenstück eines deutschen Gegenwartsautors zwischen 1947 und 1949 war übrigens Carl ZUCKMAYERS Widerstandsdrama *Des Teufels General*.

In jener turbulenten Zeit konnte auch die *vhs Wiesbaden* endlich wieder ans Werk gehen. Am 2. Juni 1946 fand im Lyzeum am Boseplatz, dem heutigen Platz der deutschen Einheit, die Gründungsfeier des *Freien Kulturbundes* statt und zugleich die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes der *Volkshochschule*. Und ein halbes Jahr später wurde dann auch der *Volkshochschulbund* wiederbegründet. Das Bildungsangebot nahm sich zunächst noch etwas kärglich aus, zumal wenn man es mit den heutigen opulenten *vhs*-Programmen vergleicht. Sprach- und berufsqualifizierende Kurse dominierten schon damals. Auch Vorträge aus allen musischen, natur- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen gab es zuhauf, ebenso solche zu rechtlichen und ökonomischen Themen. Und selbstredend wurde der politischen Bildung eine ganz besondere Bedeutung eingeräumt. Hierfür stellten sich vielfach hochkarätige Referenten zur Verfügung, wie etwa der Gewerkschaftssekretär Heinrich EHRHARDT, der den Aufbau der Arbeitnehmerorganisationen erläuterte, während sich der hessische Arbeitsminister Oskar MÜLLER mit dem sozialen Gedanken in der Geschichte beschäftigte und der Stadtverordnete Emil DIETZ das Wesen der Demokratie erklärte. Alle drei waren ausgewiesene Geg-

ner des NS-Regimes. Bemerkenswert waren ferner die *Amerikanischen Hochschulabende* in englischer Sprache, die sogenannten *Aussprache-Abende*, die sich vielleicht als Vorläufer der heutigen Traditionsreihe *Politik am Nachmittag* betrachten ließen, sowie die in den *vhs*-Lehrbetrieb integrierte *Betriebsräteschule*.<sup>26</sup>

Herausragende Bedeutung für die anfangs nur schleppend in Gang gekommene kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit besaßen ohne Frage die Vorträge und kommentierten Filmvorführungen, die seit Mitte der 1950er-Jahre für die *vhs* von deren Vorstandsmitglied in spe Max LIPPMANN angeboten bzw. organisiert wurden. Auch dieser hatte sich seit 1933 vom Ausland aus antinazistisch betätigt, zunächst in Prag, dann ab 1938 in Paris, und zwar in beiden Städten für den vor den Nazis dorthin ausgewichenen Exilvorstand der SPD. Nach der deutschen Okkupation Frankreichs hatte er sich der Résistance angeschlossen, weshalb er von der mit den Deutschen kollaborierenden Vichy-Regierung in ein nordafrikanisches Arbeitslager verbracht worden ist. Nach seiner Befreiung durch die Alliierten war er als Mitglied des US-Geheimdienstes über London wieder nach Paris gelangt, wo er sich seit 1944 an den Vorbereitungsarbeiten zur Wiedergründung seiner Partei beteiligte. 1946 kam er nach Wiesbaden, arbeitete zunächst für eine Weile im Büro des hessischen Ministerpräsidenten, um schließlich zusätzlich zu seinem kommunal- und landes-

politischen Engagement sowie seinem Einsatz für Flüchtlinge noch etliche weitere Ehrenämter auszuüben. So fungierte er z. B. für die Wiesbadener *Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit*, für die er ebenfalls regelmäßig NS-kritische Filme präsentierte, zeitweilig als deren jüdischer Vorsitzender. Der seit 1949 für die *Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft* sowie ab 1959 als Direktor des *Deutschen Instituts für Filmkunde* agierende Filmjournalist hat überhaupt die Aufarbeitung unserer braunen Vergangenheit durch jenes Massenmedium maßgeblich vorangebracht. Jedoch erst durch die für unser diesjähriges Veranstaltungsprogramm zum »27. Januar«-Gedenktag für die Opfer des NS-Regimes vom Projektbüro Stadtmuseum in Verbindung mit einem Geschichtsleistungskurs der *Gutenbergschule* erarbeitete kleine, gleichwohl rundum überzeugende Zusatzausstellung im Foyer unseres Rathauses wird der 1966 verstorbene bedeutende Filmförderer endlich dem Vergessen entrissen.<sup>27</sup>

Die *Volkshochschul*-Entwicklung während der nächsten Jahrzehnte kann, so relevant und interessant sie auch ist, in diesem Zusammenhang leider nicht ausgebreitet werden. Hierzu ist auf die diesbezügliche Darstellung im von der *vhs* vor elf Jahren edierten Sammelband *Bildung für alle* zu verweisen.<sup>28</sup>



## VI.

Nach der Zerschlagung der NS-Gewaltherrschaft ist es jedenfalls zu einer wahren Gründungs- und Wiedergründungswelle im Bildungs- bzw. Erwachsenenbildungswesen gekommen, in Wiesbaden, aber natürlich auch andernorts, wo die Bildungs- und Fortbildungsbedürfnisse hier beheimateter Interessierter ebenfalls befriedigt werden konnten. Für all dies hier nur einige wenige Beispiele:

So wurde im Frühjahr 1946 nicht zuletzt die Frankfurter *Akademie der Arbeit (AdA)*<sup>29</sup> wiedereröffnet, die im Jahr darauf ihren Lehrbetrieb aufnehmen konnte. Ihr erster Leiter nach ihrer Wiederbegründung war der spätere Wiesbadener SPD-Landtagsabgeordnete Franz Josef FURTWÄNGLER, der 1921 – wie Konrad ARNDT – den ersten Lehrgang der damals gerade neu eröffneten Einrichtung hatte besuchen dürfen. Während des »Dritten Reiches« hatte FURTWÄNGLER mit seinem Freund Adam VON TROTT ZU SOLZ und mit Helmuth James GRAF VON MOLTKE vom oppositionellen »Kreisauer Kreis« sowie mit dem Widerstandsnetzwerk LEUSCHNERS und seiner Mitstreiter in konspirativem Kontakt gestanden.<sup>30</sup>

Zeitweilig war auch in Wiesbaden die von den Volkshochschulen landauf, landab in Kooperation mit dem DGB

durchgeführte Arbeitsgemeinschaft *Arbeit und Leben*<sup>31</sup> am Werk mit einem attraktiven Bildungsangebot speziell für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten konnte diese Arbeitsgemeinschaft 1958 hier noch einmal reaktiviert werden, um später dann trotz mancher Bemühungen doch wieder einzugehen. Auch jene Bildungsidee reicht ideengeschichtlich über Willi RICHTER, den engen Freund und Mitstreiter Wilhelm LEUSCHNERS und späteren DGB-Bundesvorsitzenden, in die Jahre des antinazistischen Widerstandes zurück.<sup>32</sup>

Zwar nicht unbeeinflusst durch die US-Amerikaner, doch hauptsächlich auf Drängen westdeutscher Politiker wurde nach 1945 die neue Disziplin der *Politikwissenschaft* herausgebildet, und zwar dezidiert im Sinne einer Wissenschaft von der Demokratie sowie zugleich zur Schaffung und Stabilisierung der Demokratie. Nach langem Gezerre mit der erzkonservativen Professorenschaft konnten die drei neu geschaffenen politikwissenschaftlichen Lehrstühle in Hessen erst 1950/51 besetzt werden. Aber es wurden wenigstens ausschließlich ausgewiesene Gegner des Nationalsozialismus berufen, so in Frankfurt Prof. Dr. Ernst Wilhelm MEYER, der 1937 auf eigenen Wunsch aus dem auswärtigen Dienst ausgeschieden war und schon von 1940 bis 1947 in den USA als Professor für Politische Wissenschaften gewirkt hatte. In Marburg wurde der Jurist und Widerstandskämpfer Prof. Dr.

Wolfgang ABENDROTH berufen, der – nachdem er vier Jahre Zuchthaus überstanden hatte und aus dem Strafbataillon desertiert war, um eine Zeit lang mit den griechischen Partisanen gegen den Faschismus zu kämpfen – nach seiner Rückkehr aus britischer Kriegsgefangenschaft schon in Leipzig, Jena und Wilhelmshaven gelehrt hatte. Und in Darmstadt kam der zeitweilige Präsident der Europa-Union Dr. Eugen KOGON als neuer Professor für Politikwissenschaft zum Zuge, der sich im KZ Buchenwald 1942 dem illegalen Lagerwiderstand angeschlossen hatte. Sie waren aber eine verschwindend geringe Minderheit innerhalb des traditionell fast durchweg demokratieskeptisch, wenn nicht demokratiefeindlich eingestellten Lehrkörpers. Auch die danach geschaffenen weiteren politikwissenschaftlichen Lehrstühle waren und sind allesamt eminent wichtig zumal für die Lehrerausbildung, wodurch sie zwangsläufig immer wieder dem Lehrkörper unserer Volkshochschulen zugute kommen, auch hier in Wiesbaden.<sup>33</sup>

Einen frühen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit leisteten fraglos die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, die auf Initiative und mit Mitteln der amerikanischen Militärregierung ins Leben gerufen worden sind, dies in der Absicht, zur Entnazifizierung und Re-Demokratisierung der Deutschen beizutragen, insbesondere zum Abbau ihrer rassistisch geprägten Vorurteile. Die Wiesbadener *Gesellschaft für*

*Christlich-Jüdische Zusammenarbeit*<sup>34</sup> wurde als eine der Ersten überhaupt im Herbst 1948 gegründet. Ein baldiger Höhepunkt ihrer Arbeit war die von ihrem Deutschen Koordinierungsrat im Jahr 1959 in unserer Stadt durchgeführte Erzieherkonferenz, während der Prof. Dr. Theodor W. ADORNO seinen berühmten Vortrag zur Frage hielt: *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?* Darin wandte sich der 1938 vor dem Faschismus in die USA geflüchtete Frankfurter Philosoph und Sozialforscher gegen die von ihm in Deutschland festgestellte Schlussstrich-Mentalität und das Fortwirken rechtsextremer Denkmuster.<sup>35</sup> Die hiesige Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit ist seit vielen Jahren ein unverzichtbarer Faktor der diesbezüglichen Aufklärungsanstrengungen und wirkt seit elf Jahren mit im Trägerkreis für unsere Wiesbadener Veranstaltungen zum »27. Januar«, dem Gedenktag für die Opfer des NS-Regimes.

In erster Linie natürlich landesweit, aber in besonderem Maße gerade auch für uns in Wiesbaden segensreich wirken sich die vielfältigen politisch und geschichtlich ausgerichteten Erwachsenen- und Jugendbildungsseminare und Fachtagungen, die Bildungsreisen, nicht zu vergessen das ganze Publikations- und Medienangebot der *Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ)*<sup>36</sup> aus, die 1954 als Landeszentrale für Heimatdienst ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Man war sich seinerzeit längst darüber im Klaren, dass politische Bildung keines-

wegs nur Staatsbürgerkunde sein dürfe, sondern vielmehr »ein kritisches Geschlecht heranzubilden« habe. Die Aufgabe der neuen Bildungs- und Fortbildungseinrichtung war mit einem Wort: Demokratieerziehung auf sämtlichen Ebenen – im Schulbereich, in der Jugendarbeit, in der Erwachsenenbildung. Zur Herausbildung und Förderung eines handlungsorientierten demokratischen Bewusstseins wurde von vornherein selbstverständlich auch die kritische Auseinandersetzung mit dem Stalinismus ebenso geführt wie die mit dem Nationalsozialismus, woran sich bis auf den heutigen Tag nichts geändert hat. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HLZ haben sich im Lauf der Jahre in herausragender Weise um unsere Demokratie verdient gemacht. Ein besonderes Flaggschiff der Landeszentrale in Sachen Demokratieerziehung ist ohne Frage deren *Gedenkstättenreferat* unter bewährter Leitung von Renate KNIGGETESCHE. Die dort entfalteten vielfältigen Aktivitäten ließen sich hier allenfalls rudimentär darstellen, weshalb lediglich auf den Sachverhalt aufmerksam gemacht werden soll, dass der bis dato einzige landesweite wissenschaftliche Überblick über das gesamte Spektrum von Verfolgung und Widerstand während des »Dritten Reiches« nicht etwa als Koproduktion der entsprechenden Fachbereiche unserer Universitäten oder unserer Archive entstanden ist, sondern das Ergebnis mehrerer diesbezüglicher Fachtagungen ihres Referates war.<sup>37</sup> In diesem

Sammelband begegnen uns viele couragierte Nazi-Gegner, die für die demokratische Rekonstruktionsarbeit ab 1945 in Hessen allesamt von unschätzbbarer Bedeutung gewesen sind. Und – last but not least – auch unsere Veranstaltungsreihe zum »27. Januar« hat von Anfang an von der Kooperationsbereitschaft der HLZ außerordentlich profitiert.

Vom Namengeber der 1977 im Wiesbadener Rathaus gegründeten *Martin Niemöller Stiftung*<sup>38</sup> führt gleichfalls ein direkter Weg vom Widerstand, dem der Bekennenden Kirche nämlich, zum Ringen um eine umfassende gesellschaftliche Neuorientierung unseres Landes. Wie weit der hierbei zurückzulegende Weg mitunter war, zeigt sich nicht zuletzt an der Person Pastor NIEMÖLLERS selbst, der sich vom vormaligen Unterstützer der NSDAP zu deren dezidiertem Kritiker gewandelt hatte und deshalb schließlich bis 1945 in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau hatte darben müssen. Kurz vor seiner Verhaftung am 1. Juli 1937 ist er noch in unserer Stadt gewesen, um vor der hiesigen Bekennenden Gemeinde drei mutige Reden »Zur kirchlichen Lage« zu halten, zwei davon in der Marktkirche. Während zu den Gründungsmitgliedern der nach ihm benannten Stiftung u. a. die bereits erwähnten Professoren KOGON und ABENDROTH gehörten, hatten Letzterer ebenso wie NIEMÖLLER schon zehn Jahre zuvor, also 1967, zusammen mit einigen anderen einstigen Widerstandskämpfern sowie

**Pfarrer**  
**Martin Niemöller**  
aus Berlin-Dahlem

spricht am  
**Dienstag, den 29. Juni 1937, in Wiesbaden**

**„Zur kirchlichen Lage“**

**17<sup>00</sup> Uhr in der Marktkirche (weiße Karten)**

**19<sup>30</sup> Uhr in der Ringkirche (rote Karten)**

**20<sup>30</sup> Uhr in der Marktkirche (grüne Karten)**

**Die Bekennende Gemeinde Wiesbaden.**

**Dazu laden ein die unterzeichneten Pfarrer von Wiesbaden:**

Bars, von Bernus, Cuntz, Fernges, Fischbach, Fries, Gerber,  
Hahn, Lange, Merten, Lic. Peter, Rumpl, Ruhl, Dr. Vömel,  
Weber, Weimar, Zeiß.

Eintrittskarten zu 10 Pfg. (Unkostenbeitrag) sind zu haben im Büro der Bekennenden Gemeinde Wiesbaden, Platterstr. 2 Hol, und vor Beginn der Veranstaltungen an den Kirchentüren, sowie bei den Pfarrern der Bekennenden Kirche während deren Sprechzeiten.

*Buchdr. O. Koehler,*

*Einladungszettel zu den Wiesbadener Vorträgen 1937*

kritischen Wissenschaftlern in Frankfurt den *Studienkreis Deutscher Widerstand*<sup>39</sup> aus der Taufe gehoben, eine überaus rührige Forschungseinrichtung, deren Wanderausstellung »Frauen im Konzentrationslager« wir im vergangenen Jahr hier im Rathaus-Foyer präsentiert haben. Seit zehn Jahren beteiligt sich die Martin Niemöller Stiftung an unserer Wiesbadener Veranstaltungsreihe zum »27. Januar«, jüngst auch in Kooperation mit der *Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main* der überparteilichen Vereinigung *Gegen Vergessen – Für Demokratie*<sup>40</sup> sowie dem Studienkreis Deutscher Widerstand.

Seit seiner Gründung im Jahr 1988 ist das *Aktive Museum Spiegelgasse für Deutsch-Jüdische Geschichte in Wiesbaden (AMS)*<sup>41</sup> ein unverzichtbarer Faktor für unsere hiesige Gedenk- und Erinnerungskultur generell, aber auch speziell im Zusammenhang mit dem »27. Januar«, und zwar bereits seit dem Jahr 2000, als wir mit unserem diesbezüglichen Trägerkreis erstmals ein gemeinsames Wiesbadener Rahmenprogramm für diesen erst 1996 proklamierten nationalen Gedenktag durchgeführt haben.<sup>42</sup> Das AMS an diesem Ort näher vorzustellen, hieße Eulen nach Athen zu tragen. An ihm zeigt sich auf geradezu idealtypische Weise die untrennbare Verschränkung von wissenschaftlicher Forschung und demokratischem Engagement. So hat der Verein die Errichtung etlicher unserer Gedenkstätten angeregt bzw. unterstützt, etwa das Deportationsmahnmal Schlachthoframpe, während der Ge-



denk- und Informationsraum zur jüdischen Verfolgungsgeschichte während des »Dritten Reiches« im Rathaus-Foyer sogar von Projektteams des AMS geschaffen und ausgestaltet worden ist. In Kooperation mit dem Stadtarchiv erfolgte die Recherche der biographischen Daten von 1.507 jüdischen Opfern des NS-Rassenwahns, Grundlage des namentlichen Gedenkens der jetzt am 27. Januar würdevoll unserer Bürgerschaft übergebenen Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden. Auch die »Stolpersteine«-Verlegeaktion wird vom AMS betreut und durchgeführt. Für die Vermittlung der Thematik an die nachfolgende Generation sorgen die Schulprojekte und Workshops des Vereins sowie seine Jugendinitiative »Spiegelbild«, welche die von ihr geleistete Jugendbildungsarbeit ausdrücklich als Beitrag zur Entwicklung von zivilgesellschaftlichem Engagement und Demokratiebewusstsein versteht. Folgerichtig engagiert sich der Verein immer wieder auch im Rahmen der aktuellen politischen Auseinandersetzungen mit Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus.

Wichtige demokratische Impulse gehen selbstverständlich regelmäßig von den diversen Aufklärungs- und Diskussionsveranstaltungen der Wiesbadener *Parteien* und der *Einzelgewerkschaften* aus. Nicht minder gilt dies für die einschlägigen Bildungsangebote der beiden kirchlichen Bildungsträger, also der *Evangelischen Erwachsenenbildung*<sup>43</sup> sowie der *Katholischen Erwachsenenbildung*

*Wiesbaden*<sup>44</sup>. Beide Einrichtungen vertreten genauso wie unsere vhs das Konzept eines lebenslangen allumfassenden Lernens. Ihr Arbeitsschwerpunkt sind dabei Veranstaltungen, die sich der persönlichen wie familiären Weiterbildung widmen, und zwar dies natürlich auf der Grundlage der christlichen Werte. Aber auch dort wurden und werden regelmäßig Vorträge und Kurse durchgeführt, die dezidiert der Stabilisierung und Weiterentwicklung unserer Demokratie dienen. Hierzu gehören kulturelle wie interkulturelle Veranstaltungen, auch Sprach- und Integrationskurse für Neubürgerinnen und Neubürger ebenso wie solche, die den christlich-jüdischen Dialog befördern, die sich kritisch mit der NS-Zeit oder der DDR auseinandersetzen oder die Fragen der weiteren Demokratisierung der Kirchen sowie des Wirtschaftslebens diskutieren. Die drei letztgenannten Bildungseinrichtungen, also Evangelische und Katholische Erwachsenenbildung sowie das AMS, gehören selbstredend von Anbeginn an zum Trägerkreis unserer Wiesbadener Veranstaltungsreihe »27. Januar: Erinnern an die Opfer«.

Die *Volkshochschule Wiesbaden*<sup>45</sup> kooperiert hierbei seit 2005 durchweg mit den beiden kirchlichen Bildungseinrichtungen. Die von der vhs im Laufe der letzten Jahrzehnte durchgeführten Kurse und Vortragsveranstaltungen zur demokratischen Bewusstseinsbildung sind Legion. Es sei nur auf die Veranstaltungen des Fach-

bereichs »Gesellschaft und Alltag« hingewiesen, auf den regelmäßigen Gesprächskreis »Politik am Nachmittag«, auf das »Erzählcafé«, auf die zwar in unregelmäßigem Turnus angebotenen Gedenkstätten-Führungen und natürlich auf die soeben erst mit dem Stadtmuseum aus der Taufe gehobene Reihe »Forum Stadtgeschichte«. Besondere Highlights waren sicherlich die zusammen mit dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung aus Anlass der 50. Jahrestage des Umsturzversuchs vom »20. Juli 1944«<sup>46</sup> bzw. des »Demokratischen Neubeginns seit 1945«<sup>47</sup> im Rathaus ausgerichteten Gedenkveranstaltungen, desgleichen die Beteiligung der vhs am hiesigen Veranstaltungsreigen zum 150. Jubiläum der Revolution von 1848/49<sup>48</sup>.

Der Vollständigkeit halber muss erwähnt werden, dass auch etliche weitere Wiesbadener Vereine, Bildungsträger und Institutionen – zum Teil sogar umfassend – zur Volksbildung beitragen und somit eine in hohem Maße demokratiestabilisierende und den innergesellschaftlichen Dialog bzw. die Integration neu zu uns gekommener Menschen fördernde Funktion ausüben. Hierzu gehören vor allem die *Hochschule RheinMain*, also die frühere Fachhochschule Wiesbaden, das *Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit*, der *Stadtjugendring*, das *Evangelische Stadtjugendpfarramt*, die *Jüdische Gemeinde Wiesbaden*, die *Deutsch-Israelische Gesellschaft*, die *Kulturamtsgliederungen Caligari FilmBühne*, *Literaturhaus Villa*

*Clementine, Projektbüro Stadtmuseum* sowie *Stadtarchiv* mit seinem Gedenkstättenressort und dem in Kooperation mit der HLZ durchgeführten *Forum Unter den Eichen*, natürlich auch das *Frauenmuseum*, das *Medienzentrum Wiesbaden*, das *Amt für Soziale Arbeit*, das *Jugendparlament* und viele andere mehr.

## VII.

Was ist das eigentlich, die Demokratie, für die wir all diese Bildungsanstrengungen unternehmen? Von seinem griechischen Ursprung her bedeutet das Wort ja ganz einfach: Volksherrschaft bzw. Herrschaft des Volkes. Und so legt auch Artikel 20, Absatz 2 unseres Grundgesetzes – wie einst die Weimarer Reichsverfassung dreißig Jahre zuvor schon – unmissverständlich fest: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.«

Seit geraumer Zeit wird wieder verstärkt darüber diskutiert, inwiefern wir unsere parlamentarische, repräsentative Demokratie nicht doch besser durch Formen direkter Demokratie ergänzen sollten, insbesondere durch Bürgerbegehren und Volksentscheide, aber auch durch stärkere Beachtung der Voten von Runden Tischen und Bürgerinitiativen, überhaupt der Meinungsbekundungen außerparlamentarischer organisationsübergreifender Bündnisse. Die längst üblichen Internetabstimmungen werfen gleichermaßen diese Frage auf. Dass all diese neuen politischen Artikulationsmöglichkeiten sich unmittelbar auf die Entscheidungsfindungsprozesse in unseren Parlamenten und genauso auf die Ausrichtung unserer politischen Bildungsarbeit auswirken müssen, ist in einer Demokratie moderner Prägung nicht von der Hand zu weisen.

Demokratie benötigt also Wissen, wie wir gesehen haben, und Wissen benötigt Erinnerung. Aber beides allein genügt noch nicht, sondern es muss durch politische Bildung in Handlungsstrategien transformiert und damit zugleich demokratisch nutzbar gemacht werden. Dies ist die Kernaufgabe politischer Bildung. Und ganz genauso wie Wissen Aufklärung voraussetzt, muss beides zur Bildung unseres Charakters, unserer Herzen beitragen, denn dies ist die Voraussetzung moralisch-ethisch begründeten Handelns in unserer Gesellschaft. An Charakterbildung mangelt es allerdings gegenwärtig ganz gewaltig, und nicht nur hierzulande, wie durchaus nicht erst durch die aktuelle globale Wirtschafts- und Finanzkrise offenbar geworden ist. Die Präsidentin des Deutschen Volkshochschulverbandes Prof. Dr. Rita SÜSSMUTH hat in ihrer eindrucksvollen Laudatio während des Festaktes »90 Jahre vhs Wiesbaden« am vorletzten Freitag im Festsaal des Rathauses auf diesen Sachverhalt eindringlich aufmerksam gemacht.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949, überhaupt das Wunderbarste, was unser Volk je zustande gebracht hat, bekennt sich in seinem Artikel 1 zu den »unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt«. Und es erklärt wie mit einem Paukenschlag gleich zu Beginn: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Und in Artikel 14, Absatz 2 wird des Weiteren kategorisch erklärt: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« Wie viele andere Verfassungsartikel wurzeln auch diese im Wissen um die Entstehungshintergründe der NS-Diktatur sowie um die während jener Zeit verübten Menschheitsverbrechen bzw. in den hierzu ex negativo entwickelten Neuordnungskonzeptionen des antinazistischen Widerstandes und des Exils.<sup>49</sup> Nur wenige wissen darum, während etliche sogar einen Eid auf diese Verfassung geleistet haben oder noch leisten werden. Aber dies allein genügt ganz offensichtlich nicht, uns zu veranlassen, dieses Wissen auch konsequent in die Praxis, in wirklich verfassungsadäquates demokratisches Handeln nämlich umzusetzen, und zwar im Sinne der Aufhebung des oft und zu Recht beklagten Widerspruchs zwischen Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit. Dies wäre eine weitere Verwirklichung einer großen demokratischen Vision – zu unser aller Nutzen und Frommen. Mit unserer Verfassung ist es wie mit der Bibel oder einer Freiheitsproklamation: Wenn deren Botschaften nicht die Hirne und die Herzen von uns Menschen erreichen, bleiben sie letztlich nur bedrucktes Papier. Und so ist es im gesamtgesellschaftlichen Kontext die Aufgabe von politischer Bildung, dem entgegenzuwirken und die Menschen zu befähigen, unsere Verfas-

sungsgebote mit Leben und dadurch erst mit Wirkkraft zu erfüllen.

Der berühmte Soziologe Prof. Dr. Oskar NEGt hat festgestellt, dass die Demokratie »die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung« ist, »die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein.«<sup>50</sup> Welche Institutionen böten sich besser an für dieses emanzipatorische Lernprojekt in Permanenz als unsere Volkshochschule und die sonstigen Erwachsenen- bzw. Jugendbildungsträger, die mit uns hier in Wiesbaden im Trägerkreis des »27. Januar« zusammenwirken und so alljährlich auf überzeugende Weise unter Beweis stellen, wie fruchtbringend es ist, wenn wir uns von der faszinierenden Losung leiten lassen:

*Bildung für alle – Bildung für Demokratie.*



- 1 Zit. nach: Gerhard SCHAUB (Hrsg.): Georg Büchner, Friedrich Ludwig Weidig: Der Hessische Landbote. Studienausgabe. Stuttgart 1996, S. 76 – 87, hier: S. 82 f.
- 2 Der Hessische Landbote, November-Aufl.,  
zit. nach: SCHAUB (wie Anm. 1) S. 35.
- 3 Reinhard GÖRISCH, Thomas Michael MAYER (Hrsg.):  
Untersuchungsberichte zur republikanischen Bewegung in Hessen  
1831 – 1834. Frankfurt/M. 1982, S. 25 f. u. S. 379 ff.
- 4 Armin Matthäus KUHNIGK: Nassaus Tribun deutscher Arbeiter-  
bewegung. Karl Schapper aus Weinbach 1812 – 1870. Hrsg.:  
Gemeindevorstand der Gemeinde Weinbach. Weinbach 1980,  
S. 127 ff.
- 5 Gerhard BEIER: Das unbekannte Leben des ausgeforschten  
Uhrmachers und mobilen Perpetuisten der Revolution Georg  
Böhning (1788 – 1849), Kronberger Bogendruck, 9. Jg., Nr. 9,  
1999, 2., verb. Aufl., S. 15.
- 6 Hierzu ausführlicher: Wolf-Heino STRUCK: Wiesbaden im  
Biedermeier. Hrsg.: Magistrat der Stadt Wiesbaden. Wiesbaden  
1981 (Geschichte der Stadt Wiesbaden, Bd. V), S. 1 – 46; DERS.:  
Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Wiesbaden 1848-1851,  
in: Johannes BÄRMANN, Alois GERLICH, Ludwig PETRY (Hrsg.):  
Festschrift für Ludwig Petry. Teil 2. Wiesbaden 1969 (Geschicht-  
liche Landeskunde, Bd. V), S. 287 – 321; Michael WETTENGEL:  
Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische  
Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen,  
Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt. Wiesbaden  
1989 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für  
Nassau, XLIX).
- 7 Siehe hierzu den Überblick: Hartmut BOGER, Jochen DOLLWET,  
Axel ULRICH: Emanzipatorischer Anspruch und bürgerliche  
Bildungsideale. Aus 150 Jahren Volksbildungsbewegung in  
Wiesbaden, in: Volkshochschule Wiesbaden (Hrsg.): Bildung für  
alle! Kulturleben und Bildungsstreben in Wiesbaden seit 1800.  
Wiesbaden 2000, S. 11 – 43, hier: S. 13 ff.; ebenso: Thomas  
WEICHEL: Die Bildung der Bürger. Ein Beitrag über den Bildungs-  
stand im nassauischen Wiesbaden, ebenda, S. 51 – 74; Klaus KOPP:  
Bildung des Bürgers – Arbeiterbildung. Wiesbaden zwischen der

- preußischen Annexion und dem Ersten Weltkrieg, ebenda, S. 75 – 91. – Siehe außerdem: Ursula BRUNN-STEINER: Der Volksbildungsverein Wiesbaden. Bibliothekarische Bildungsarbeit im Kaiserreich und in der Weimarer Zeit. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv. Wiesbaden 1997 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Bd. 6).
- 8 Friedrich Wilhelm WEITERSHAUS: Wilhelm Liebknecht. Das unruhige Leben eines Sozialdemokraten. Eine Biographie. Mit Auszügen aus Briefen, Reden und Schriften Wilhelm Liebknechts und seiner Zeitgenossen. Gütersloh, Gießen 1976, S. 16, 237 u. 296.
  - 9 Axel ULRICH: Konrad Arndt. Ein Wiesbadener Gewerkschafter und Sozialdemokrat im Kampf gegen den Faschismus. Hrsg.: IG Metall Verwaltungsstelle Wiesbaden-Limburg u. Verein Volkshaus J.P. Wiesbaden 2001.
  - 10 Erik EMIG: Georg Buch. Leben und Wirken eines Sozialdemokraten. Bonn 1983; Axel ULRICH (Red.): Georg Buch. 24. September 1903 – 5. August 1995. Zum 100. Geburtstag. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, Kulturamt – Stadtarchiv. Wiesbaden 2003.
  - 11 Zit. nach: Gerhard BEIER: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundert-fünfzig Jahre (1834 – 1984). 2. Aufl. Frankfurt/M. 1985, S. 36.
  - 12 Zur Geschichte der Volkshochschule Wiesbaden seit ihrer Gründung siehe: Anm. 7 sowie deren Bestand im Stadtarchiv Wiesbaden: V 19.
  - 13 Hartmut BOGER, Axel ULRICH: Johannes Maaß – Pädagoge, Politiker und Philanthrop, in: Charlotte SCHNEIDER-VETTER, Holger ZINN (Hrsg.): 50 Jahre Johannes-Maaß-Schule. Festschrift zum Schuljubiläum. Wiesbaden o. J. (2010), S. 22 – 26.
  - 14 BOGER, DOLLWET, ULRICH (wie Anm. 7) S. 17 ff.
  - 15 Siehe hierzu im Stadtarchiv meine Materialsammlung zur Wiesbadener SAJ: Best. V 25.
  - 16 Siehe hierzu sowie zum Folgenden: BOGER, DOLLWET, ULRICH (wie Anm. 7) S. 27 ff.
  - 17 Hedwig BRÜCHERT-SCHUNK: Beispiele bürgerlichen Widerstandes in Hessen: Der Freundeskreis Heinrich Roos in Wies-

- baden und der Kaufmann-Will-Kreis in Gießen, in: Renate KNIGGE-TESCHE, Axel ULRICH (Hrsg.): *Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933 – 1945*. Frankfurt/M. 1996, S. 508 – 524, hier: S. 509 ff.
- 18 Auszugsweise abgedruckt in: Lothar BEMBENEK, Axel ULRICH: *Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933 – 1945*. Eine Dokumentation. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv. Gießen 1990, S. 392 – 394.
- 19 Dieses Material befindet sich im Nachlass von Johannes Maaß im Stadtarchiv Wiesbaden: Best. NL 36.
- 20 Walter MÜHLHAUSEN: Eine Denkschrift für Wilhelm Leuschner – Ludwig Bergsträsser und die Widerstandsbewegung, in: KNIGGE-TESCHE, ULRICH (wie Anm. 17) S. 593 – 611; Stephanie ZIBELL: *Politische Bildung und demokratische Verfassung. Ludwig Bergsträsser (1883 – 1960)*. Bonn 2006 (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung – Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 71).
- 21 Zit. nach: Hermann BRILL: *Gegen den Strom. Offenbach 1946 (Wege zum Sozialismus, Heft 1)*, S. 96 – 102, hier: S. 100 f.
- 22 Renate KNIGGE-TESCHE, Peter REIF-SPIREK (Hrsg.): *Hermann Louis Brill 1895 – 1959. Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat*. Wiesbaden 2011.
- 23 Monica KINGREEN: Siegfried Höxter – ein kämpferischer Sozialdemokrat, in: KNIGGE-TESCHE, ULRICH (wie Anm. 17) S. 138 – 151.
- 24 Siehe die beiden Berichte Bratus zu seinem antinazistischen Widerstand sowie zum Exil in Belgien und Großbritannien in: Axel ULRICH (Red.): *Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933 – 1945*. Hrsg.: DGB-Bildungswerk Hessen u. Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933 – 1945. Gießen 1983, S. 32 f. u. S. 258 – 261.
- 25 Wolfgang BENZ: *Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945 – 1949*. Bonn 2010 (Bundeszentrale für politische Bildung: Schriftenreihe, Bd. 1079).
- 26 Hierzu etwas ausführlicher: BOGER, DOLLWET, ULRICH (wie Anm. 7) S. 29 ff.

- 27 Siehe hierzu die Materialsammlung von Dr. Ulrike Laufer, Kulturamt Wiesbaden – Projektbüro Stadtmuseum, sowie die von Schülerinnen und Schülern des Leistungskurses Geschichte, Jahrgangsstufe 13, der Gutenbergschule Wiesbaden erarbeitete Handreichung mit Texten zur Ausstellung *Max Lippmann, Breslau-Paris-Algerien-Wiesbaden. Ein Leben für die Freiheit und den Film* (Red.: Jessica KÜSTER, Ulrike LAUFER).
- 28 BOGER, DOLLWET, ULRICH (wie Anm. 7) S. 33 ff.
- 29 OTTO ANTRICK: Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M. Idee, Werden, Gestalt. Darmstadt 1966; Christine WITTROCK: Die »Akademie der Arbeit« in Frankfurt am Main und ihre Absolventen. Frankfurt/M. 1991 (Pädagogische Beispiele: Institutionsgeschichte in Einzeldarstellungen, Bd. 7). – Internet: [www.akademie-der-arbeit.de](http://www.akademie-der-arbeit.de)
- 30 WILLY BUSCHAK: Franz Josef Furtwängler. Gewerkschafter, Indien-Reisender, Widerstandskämpfer. Eine politische Biografie. Essen 2010 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 45).
- 31 Internet: [www.arbeitundleben.de](http://www.arbeitundleben.de)
- 32 Siehe das von Richter schon im Frühjahr 1945 vorgestellte Konzeptionspapier für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund FDGB Bezirk Rhein-Main mit Sitz in Frankfurt am Main *Grundsätze, Aufbau und Aufgaben*, in: Gerhard BEIER: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung. Köln 1978, S. 276 – 280, hier: S. 277 u. S. 279.
- 33 ARNO MOHR: Entstehung und Entwicklung der Politikwissenschaft in Hessen, in: Michael Th. GREVEN, Hans-Gerd SCHUMANN (Hrsg.): 40 Jahre Hessische Verfassung – 40 Jahre Politik in Hessen. Opladen 1989, S. 211 – 231.
- 34 Internet: [www.gcjz-wiesbaden.de](http://www.gcjz-wiesbaden.de)
- 35 Zur frühen Aufklärungsarbeit der Wiesbadener Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit siehe: Philipp KRATZ: Strategien der Schuldabwehr. Der Umgang mit dem Holocaust im Wiesbaden der 1950er Jahre, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 58, 2009, S. 165 – 197, hier: S. 184 ff.
- 36 KLAUS BÖHME: 50 Jahre politische Bildung in öffentlichem Auftrag. Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung

- 1954 bis 2004. Wiesbaden 2004. – Internet: [www.hlz.tu-darmstadt.de](http://www.hlz.tu-darmstadt.de)
- 37 KNIGGE-TESCHE, ULRICH (wie Anm. 17).
- 38 Helmut MUTH, Claudia SIEVERS (Red.): Streiten für den Menschen. Die Arbeit der Martin Niemöller Stiftung. Hrsg.: Martin Niemöller Stiftung. Wiesbaden 2002. – Internet: [www.martin-niemoeller-stiftung.de](http://www.martin-niemoeller-stiftung.de)
- 39 Edgar WEICK (Hrsg.): Deutscher Widerstand 1933 – 1945. Aspekte der Forschung und der Darstellung im Schulbuch. Eine Berichterstattung im Auftrag des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933 – 1945. Heidelberg 1967. – Internet: [www.studienkreis-widerstand-1933-45.de](http://www.studienkreis-widerstand-1933-45.de)
- 40 Internet: [www.gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de)
- 41 Internet: [www.am-spiegelgasse.de](http://www.am-spiegelgasse.de)
- 42 1998 und 1999 wurde dieser neue Gedenktag in Wiesbaden allein durch Kooperationsveranstaltungen der HLZ und des Stadtarchivs im Rahmen ihrer gemeinsamen Veranstaltungsreihe *Forum »Unter den Eichen«* bestritten, wobei bereits damals im Rathaus-Foyer Wanderausstellungen präsentiert wurden, so zum Thema Auschwitz bzw. zum Hitler-Attentäter Georg Elser. Nur im Jahr 2000 wurde dort keine Ausstellung gezeigt, da das Hamburger Institut für Sozialforschung seine so genannte Wehrmachtsausstellung, die hierfür eigentlich vorgesehen war, wegen deren unabweisbar gewordenen Nachbesserungsbedarfs kurz zuvor zurückgezogen hatte. Auf Anregung der erst wenige Monate im Amt befindlichen Kulturdezernentin Rita Thies wurde durch den vom Stadtarchiv zur Präsentation jener Ausstellung gebildeten Trägerkreis das hierfür bereits entwickelte Rahmenprogramm der neuen Situation angepasst und dann dennoch durchgeführt. Dies war die Konstituierung der seitdem alljährlich durchgeführten Veranstaltungsreihe *27. Januar: Erinnern an die Opfer*.
- 43 Internet: [www.evdewi-bildung.de](http://www.evdewi-bildung.de)
- 44 Internet: [www.keb-wiesbaden.de](http://www.keb-wiesbaden.de)
- 45 Internet: [www.vhs-wiesbaden.de](http://www.vhs-wiesbaden.de)
- 46 Axel ULRICH: Der »20. Juli 1944« und seine Verbindungen nach Wiesbaden, Vortrag am 20. Juli 1994, in erw. Form veröf-

- fentl. in: Peter Joachim RIEDLE (Hrsg.): Wiesbaden und der 20. Juli 1944. Beiträge von Gerhard Beier, Lothar Bembenek, Rolf Faber, Peter M. Kaiser und A. Ulrich. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv. Wiesbaden 1996 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Bd. 5), S. 11 – 61.
- 47 Axel ULRICH: Wiesbaden vor 50 Jahren: Eine Stadt zwischen Befreiung, Kapitulation und demokratischem Neubeginn, Vortrag am 25. April 1995, in erhebl. erw. Form veröffentl. unter dem Titel: Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden: von den antifaschistischen Bürgerausschüssen und den Anfängen der politischen Reorganisation, in: Konrad SCHACHT (Hrsg.): Hessen 1945. Demokratischer Neubeginn zwischen Utopie und Pragmatismus. Ergebnisse der Fachtagung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung am 4. und 5. Mai 1995 in Wiesbaden. Wiesbaden o. J. (1996), S. 29 – 70.
- 48 Siehe hierzu meine noch unverzeichnete Materialsammlung im Stadtarchiv Wiesbaden.
- 49 Christian BOMMARIUS: Das Grundgesetz. Eine Biographie. Berlin 2009; Axel ULRICH: Politischer Widerstand gegen das »Dritte Reich« im Rhein-Main-Gebiet. 3., unveränd. Aufl. Wiesbaden 2008, S. 230 – 238.
- 50 Oskar NEGt: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Hannover 2010, S. 13.

ISBN 978-3-9809513-8-8

© Thrun-Verlag Wiesbaden

Postfach 5607, D-65046 Wiesbaden

E-Mail: [gthrun-ulrich@web.de](mailto:gthrun-ulrich@web.de), Internet: [www.thrun-verlag.de](http://www.thrun-verlag.de)



Druck: gerich, druckerei + verlag ohg, Wiesbaden

Umschlag und Satz: Dr. Albert Ernst, Wiesbaden

Illustrationen: Stadtarchiv Wiesbaden

Printed in Germany

